

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 26. Sitzung des Ortsbeirates Leuben (OBR Leu/026/2017)

am Mittwoch, 14. Juni 2017,

19:00 Uhr

**im Ortsamt Leuben, Bürgersaal,
Hertzstraße 23, 01257 Dresden**

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:01 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Steffen Börner

Tobias Kittlick

Eberhard Kunte

Pia Reinhardt

Mitglied Liste DIE LINKE

Rolf Böhme

Marina Brandt

Mitglied Liste SPD

Michael-Peter Bäuerle

Gottfried Mann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Michael Kater

Mitglied Liste FDP

Matteo Böhme

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Anita Köhler

Mitglied Liste NPD

Hartmut Krien

Stellvertretende Mitglieder

Gabriela Noack

Vertretung für Herrn Wolf Dieter Stiehl

Abwesend:

Mitglied Liste DIE LINKE

Dr. Rainer Kempe

Stellvertretende Mitglieder

Peter Miersch

Vertretung für Frau Katrin Hoogestraat

Verwaltung:

Kristina Winkler

Integrations- und Ausländerbeauftragte

Gäste:

Es sind ca. zehn Bürgerinnen bzw. Bürger anwesend.

Schriftführer/-in:

Steffen Schüller

Sachbearbeiter Ortsbeirat

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 25. Ortsbeiratssitzung am 17. Mai 2017.
- 2 Erweiterung des Radweg-Winterdienstes **V1630/17
beratend**
- 3 "Wir entfalten Demokratie. Lokales Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden" (2017 - 2022) **V1566/17
beratend**
- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte
- 5 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet

öffentlich

Einleitung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 25. Ortsbeiratssitzung am 17. Mai 2017.

Ortsamtsleiter Herr Lämmerhirt eröffnet die Sitzung und stellt bei 12 anwesenden Ortsbeiräten die Beschlussfähigkeit fest. Herr Stiehl fehlt entschuldigt mit Vertretung, Frau Hoogestraat und Herr Kempe fehlen entschuldigt ohne Vertretung. Frau Noack erscheint unmittelbar nach TOP 1, somit sind 13 Ortsbeiräte bzw. Stellvertreter anwesend.

Die Ladung zur heutigen Sitzung erfolgte form- und fristgerecht. Einwände gegen die Tagesordnung gibt es keine.

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird einstimmig bestätigt, die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Herr Kittlick und Herr Matteo Böhme gegenzeichnen.

2 Erweiterung des Radweg-Winterdienstes

**V1630/17
beratend**

Da der zuständige Geschäftsbereich sich personell nicht in der Lage sähe, alle Ortsämter und Ortschaften zu besuchen, wird Herr Lämmerhirt die Vorlage persönlich vorstellen (zur besseren Darstellung wird ein Ausschnitt des Lageplans mit den Grenzen des Ortsamtsgebietes Leuben per Beamer zur Verfügung gestellt).

Herr Lämmerhirt führt aus, dass ein für den Ortsamtsbereich zentraler Punkt der Elberadweg sei, man habe geprüft, ob dieser mit in den Winterdienst eingebunden werden kann. Der diesbezügliche Vorschlag des Straßen- und Tiefbauamtes ende derzeit am Blauen Wunder. Einige wenige Straßen im Ortsamtsgebiet seien winterdienstseitig mit einbezogen worden (wenn eine Ebene von Radweg und Fahrbahn vorhanden), Zufahrten zum Elberadweg seien allerdings nicht berücksichtigt worden. Die Kosten für den zusätzlichen Winterdienst seien nicht unerheblich. In der Vergangenheit habe der Winterdienst insgesamt zwischen 2 und 4 Mio. Euro gekostet, nunmehr würden weitere 100 Kilometer mit zusätzlichen Kosten von 2 Mio. Euro dazukommen. Die Ursache dafür liege in der fehlenden Attraktivität dieser Leistung für Firmen, was zu einer entsprechend hohen Kostenkalkulation führe (8 Cent/m²). Auch der Abtransport des Schnees schlage hier zu Buche. Seiner Meinung nach sollte dieses Geld eher für den Ausbau von Radwegen genutzt werden.

Herr Lämmerhirt bittet die Ortsbeiräte um ihre Meinung zur Vorlage bzw. um Vorschläge für weitere zu beräumende Straßen.

Herr Böhme, Matteo: Gibt es Hochrechnungen, wie viele Radfahrer den Elberadweg im Winter nutzen?

Herr Lämmerhirt: Es seien nicht wenige Radfahrer, genaue Zahlen gäbe es jedoch für den Abschnitt, der im Ortsamtsgebiet liege, nicht.

Frau Köhler: Der Elberadweg sei auch ein Fußweg, daher begrüße sie die Vorlage. Allerdings sei sie der Meinung, dass man bei richtigem Winterwetter nicht Radfahren sollte.

Frau Noack: Es gäbe Städte, bei denen der Radverkehr eine höhere Bedeutung habe, als in Dresden. Scheinbar sei dort auch der Winterdienst kein Problem. Für sie sei wichtig, dass Straßen mit einer Verbindungsfunktion geräumt werden. Letztlich profitiere auch der Kfz-Verkehr davon.

Herr Lämmerhirt: Wichtige Straßen (Hauptachsen) würden bereits geräumt.

Herr Börner: Es sei eine große Dummheit, bei Winterwetter das Rad zu nutzen, die Vorlage lade zu solchem Leichtsinne noch ein.

Herr Kittlick: Er sehe bei der Umsetzung der Vorlage praktische Probleme, es sei teilweise schon heute nicht leicht, die Straßen frei zu halten. Hier handle es sich um reine Geldverschwendung. Wenn man überdies sehe, wie schwierig es sei, Unternehmen für diese Aufgabe zu finden, könne er sich eine Umsetzung nicht vorstellen.

Herr Lämmerhirt bestätigt, dass es im letzten Jahr für zwei Lose nicht einen Bewerber gegeben habe, in diesem Jahr werde man die Ausschreibung daher umstellen. Der Markt der Anbieter sei klein, was ebenfalls zu höheren Kosten führe.

Herr Mann: Es sei immer von der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer die Rede. Der Elberadweg entlaste überdies den Schul- und Berufsverkehr. Er sehe die Räumung als sinnvoll und zweckmäßig an.

Herr Lämmerhirt fasst zusammen, dass die Vorlage keine konkreten Vorschläge zum Ortsamtsgebiet beinhalte, er schlägt vor, entweder Straßen zu benennen oder die Vorlage ohne Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Mann: Er stimmt dem Vorschlag von Herrn Lämmerhirt zu, die jetzigen Maßnahmen sollten erst einmal umgesetzt werden, es gelte, die weitere Entwicklung abzuwarten.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Der Ortsbeirat Leuben nimmt die Vorlage zum Radweg-Winterdienst einstimmig zur Kenntnis.

3 "Wir entfalten Demokratie. Lokales Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden" (2017 - 2022) V1566/17 beratend

Herr Lämmerhirt begrüßt die Integrations- und Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden, Frau Winkler, und bittet um Vorstellung der Vorlage.

Frau Winkler führt aus, dass bereits 2009 ein erstes Handlungsprogramm als Vorläuferversion des heutigen Konzeptes durch den Stadtrat beschlossen worden sei, die Federführung habe damals zunächst im Büro der Oberbürgermeisterin gelegen. Im Fördertopf seien jährlich 150

TEUR gewesen. Mittlerweile gäbe es zusätzliche Mittel des Bundes und den Landes. In diesem Jahr betrage das Fördervolumen ca. 580 TEUR.

Gremien bzw. Akteure des Programms seien heute die sog. interne Koordinierungsstelle (angesiedelt beim Bürgermeisteramt), die externe Fachstelle des LHP (geleitet durch die Projekt-schmiede gGmbH) und ein Begleitausschuss, bestehend aus Initiativen, Ämtern und Fachbereichen der städt. Verwaltung sowie Vertretern von Behinderten- und Migrationsgruppen.

Die Fortschreibung des Handlungsprogrammes sei mit öffentlicher Beteiligung der Stadtgesellschaft erfolgt, dabei eingereichte und diskutierte Vorschläge könne man der Vorlage entnehmen. Der anschließende Konzeptionierungsprozess sei mit Fachämtern und Fraktionen abgestimmt worden, auch dem sei eine öffentliche Beteiligung bzw. Anhörung gefolgt. Alle Hinweise (z. B. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit) habe man geprüft, vieles sei mit aufgenommen worden.

Wesentliche Themenfelder im Handlungsprogramm (Handlungsfelder) seien die Stärkung von Demokratie und demokratischer Teilhabe, eine wertschätzende Debattenkultur sowie eine Stärkung der politische Bildung, Vielfalt und Weltoffenheit. In das fortgeschriebene Programm seien auch wissenschaftliche Studien und Analysen mit eingeflossen, auch die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung habe man berücksichtigt.

Abschließend nennt Frau Winkler konkrete Beispiele von Maßnahmen. So wolle man Dialogformate unterstützen bzw. dort einrichten, wo es sie noch nicht gebe. Auch habe man spezielles Informationsmaterial, welches sehr niederschwellig sei, in Auftrag geben können. Würdigungsformen sollen ebenfalls unterstützt werden (z. B. Preise für Zivilcourage). Der Integrationspreis des Oberbürgermeisters gehöre auch mit dazu. Auch die Beteiligung an den bundesweiten Wochen gegen Rassismus sein ein Schwerpunkt. Schulen würden bei Aktionen und Projekten mit finanziert.

Herr Lämmerhirt dankt für die Ausführungen, er bittet die Ortsbeiräte um Rückfragen.

Frau Reinhardt: Sie habe die Vorlage sehr intensiv gelesen, das Ziel finde sie gut, mit manchen Inhalten könne sie aber nicht mitgehen. Es würden oft zu einseitig Missstände benannt. Man müsse alle Seiten benennen, die Probleme verursachen. Linksextremismus spiele z. B. in dem Papier überhaupt keine Rolle. Die Benennung rassistischer Vorurteile benenne vornehmlich Ängste gegen Islamismus und Ausländer, dies greife zu kurz. Unsere Gesellschaft beruhe auf einem Wertesystem, das alle einhalten müssten. Wer das einfordere, werde schnell in die rechte Ecke gestellt, die Diskussion auf der Sachebene vermisste sie hier. Flüchtlinge vor Krieg und Terror zu schützen, sei selbstverständlich. Einer sächsischen Selbsterhöhung das Wort zu reden, weil Integration gefordert werde, sei so nicht richtig. Bei der Aufzählung von Personengruppen, welche Rassismus ausgesetzt seien, fehlten ihr z. B. die Juden. Die Forderungen von Pegida (z. B. die berechnete Kritik an Gender) würden in der Vorlage verzerrt oder gar nicht benannt, hier vermisste sie den Dialog auf der Sachebene, stattdessen komme es zu einer Vorverurteilung.

Herr Mann: Es handle sich zweifellos um eine politische Vorlage, er selbst sehe darin aber kein Problem. Für eine Großstadt wie Dresden sei solch eine Vorlage sicher unerlässlich. Er empfehle, sich mehr mit den Handlungsfeldern zu beschäftigen. Er selbst habe sich an vielen Stellen de-

mokratisch engagiert und vermisse in Dresden eine geschlossene Bürgerschaft. Das Konzept setze hier an, daher unterstütze er es.

Herr Kater: Auch er kritisiert, dass linker Extremismus in dem Papier nicht vorkomme und dass alles, was nicht dem linken Mainstreaming entspricht, als rechts bezeichnet würde. Auch die Interessen der Mehrheit würden nicht ausreichend berücksichtigt, vielmehr werde eine ausgrenzende Ideologie benutzt, um Gefahren heraufzubeschwören, die es so nicht gäbe (z. B. durch Pegida). Er verstehe das Programm es als einen Umerziehungsversuch an Andersdenkenden. Wenn es bei dem Papier wirklich um die Entfaltung von Demokratie ginge, dürften nicht die ausgegrenzt werden, die Demokratieabbau kritisieren.

Frau Winkler: Sie sehe es auch so, dass das Konzept in alle Richtungen gehen müsse, politische Bildung müsse z. B. auch mit Muslimen erfolgen, dem folge das Konzept. Dass Linksextremismus nicht benannt werde, könne sie so nicht bestätigen, es würde im Zusammenhang mit der Bekämpfung anderen Extremismusrichtungen (wie Salafismus) sehr wohl benannt. Auch eine sehr ausführliche Analyse zum Thema Linksextremismus werde in der Vorlage mit erwähnt. Der neueste Verfassungsschutzbericht zeige im Übrigen, dass Dresden mehr ein rechtsextremes als linksextremes Problem habe (anders als Leipzig).

Befürchtungen auf beiden Seiten sollten und müssten ernst genommen werden. Dies könne aber nur über einen Dialog geschehen, der die Würde des einzelnen Menschen und die Beachtung des Strafrechts nicht in Frage stelle. Natürlich seien demokratische Prozesse mühsam, aber es lohne sich, dafür zu streiten, respektive der Einhaltung von Grenzen (Stichwort Streitkultur).

Frau Noack: Sie danke Frau Winkler, dass sie die Vorlage so präzise vorgestellt habe. Die Vorgehensweise sowie die benannten Handlungsfelder begrüße sie. Wenn man Prozesse nicht koordiniert, entstünden schnell Parallelgesellschaften, dies müsse verhindert werden. Die einheitliche Stadtgesellschaft habe es ihrer Meinung nach in Dresden noch nie gegeben (Stichwort Waldschlösschenbrücke), auch sie mahne eine bessere Debattenkultur an. Hier von Umerziehung zu sprechen, sei abwegig. Sie sei im Bürgernetzwerk „Laubegast ist bunt“ engagiert, wo man auch versuche, die politische Kultur zu fördern. Das Programm unterstütze solche Bemühungen.

Frau Köhler: Sie sehe es als wichtig an, Handlungsziele zu setzen, um Menschen zu helfen, die Probleme mit Andersartigkeit haben oder unter solchem Denken leiden. Am Ende sei die Vorlage nur ein Stück Papier, es mit Leben zu füllen, sei Aufgabe aller Dresdner. Mit der Unterschiedlichkeit, auch im Denken, müssten wir leben und uns gegenseitig respektieren, dies betreffe auch das Kopftuch.

Frau Köhler stellt den Änderungsantrag, im Handlungsfeld 3 (Förderung von politischer Bildung einschließlich historisch-politischer Bildung) die Bezeichnung „langzeitarbeitslose Menschen“ (Maßnahmen-Nr. 2) auf Grund der negativen Darstellung zu streichen.

Herr Krien: Zunächst möchte er betonen, dass es auch Aufgabe des Ortsbeirates sei, sich politisch zu äußern. Insofern gehe es nicht nur um Rückfragen, wie eingangs vom Ortsamtsleiter erbeten, sondern auch um politische Statements.

Herr Lämmerhirt: Sicher handle es sich beim Ortsbeirat um ein politisches Gremium, dennoch gehe es letztlich um Sachfragen, die es zu erörtern gelte.

Herr Krien: Der benannte Verfassungsschutzbericht sei zu wenig aussagekräftig, er gehe von angezeigten Delikten aus, viele linksextreme Straftaten (z. B. das Anzünden der Pkws von Pegida-Anhängern) kämen jedoch gar nicht erst zur Anzeige. Er möchte wissen, wie viel Geld des Programms konkret in die Finanzierung von Personalstellen geht?

Frau Winkler: Sie gibt zu bedenken, dass es sich um kein kriminalpräventives oder Integrationskonzept handle. Im Übrigen seien die linksextremistisch motivierten Brandanschläge an Pkws von Pegida-Anhängern in der Vorlage benannt.

Wie viele Menschen durch das Programm finanziert werden, könne sie nicht sagen, sie bittet Herrn Krien, als Stadtrat eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung zu stellen. Vereine unterstütze man z. B. in ihrer Ehrenamtsarbeit mit ca. 9000 Euro/Jahr, hier werde deutlich, dass Personalkosten kaum über das Handlungsprogramm finanziert werden könnten.

Frau Brandt: Sie begrüße die Vorlage, diese sei sehr umfangreich, es müsse sich zeigen, wie viel davon in der Praxis umsetzbar sei. Die thematisierte historische politische Bildung sei für sie ein besonders wichtiger Punkt, da gerade hier viele Streitgespräche ihren Anfang nähmen und gegenseitige Schuldzuweisungen erfolgten. Sie habe Bedenken, ob die Vorlage diesem Problem immer gerecht werde. Könnten mit dem Programm auch konkrete Investitionen getätigt werden?

Frau Winkler: Es handle sich um Projektgelder, die an sehr viele Projekte gingen, Investitionen könnten damit nicht unterstützt werden.

Herr Kunte: Er gebe den Ausführungen von Herrn Mann Recht, die Dresdner stellten wirklich keine geschlossene Bürgerschaft dar. Wenn der Oberbürgermeister es sich zur politischen Aufgabe mache, dies zu ändern, vergesse er dabei, dass diese Aufgabe letztlich die Verwaltung übernehmen werde, die wiederum auch aus Dresdnern bestehe. Wenn das Programm sich „Entfalten von Demokratie“ nenne, unterstelle es, dass Demokratie erst hergestellt werden müsse.

Herr Mann: Er möchte, dass der demokratische Weg in dieser Stadt so weitergegangen werde, wie ihn die Gruppe der 20 eingeschlagen hätte.

Herr Kittlick: Er frage sich die ganze Zeit, warum der Staat alles regeln solle, bekommen wir es als Bürger nicht mehr allein hin?

Nach der Diskussion kommt es zur Beschlussfassung, zunächst wird über den Änderungsantrag von Frau Köhler abgestimmt:

Im Handlungsfeld 3 (Förderung von politischer Bildung einschließlich historisch-politischer Bildung) soll die Bezeichnung „langzeitarbeitslose Menschen“ (Maßnahmen-Nr. 2) auf Grund der negativen Darstellung gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: Zustimmung
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 7

Anschließend wird über die Vorlage mit Änderung abgestimmt:

Abstimmungsergebnis gesamt: Ablehnung
Ja 6 Nein 6 Enthaltung 1

Der Ortsbeirat Leuben erteilt dem Lokalen Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden (2017-2022) keine Zustimmung.

4 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Herr Kittlick: Er bringt den schlechten Straßenzustand auf der Großglockner Straße, Krainer Straße und Gmünder Straße (große Schlaglöcher) zum wiederholten Mal in Erinnerung. Weiterhin wird um einen Zwischenbericht zur Flüchtlingsunterkunft „Hotel Prinz Eugen“ gebeten.

Herr Lämmerhirt: Es werde eine Vorstellung durch den Betreiber sowie die Polizei in einer der nächsten Sitzungen geben.

Frau Reinhardt: Die neue Wohnanlage am Kleinzschachwitzer Elbufer solle eine schöne Glaswand erhalten, die Anwohner hätten dafür zugesagt, den anliegenden Gehweg zu pflegen, derzeit wachse dort hohes Gras.

Herr Lämmerhirt: Er werde dies an das Ordnungsamt weiterleiten.

Herr Kunte: Er bringt zunächst den ungeklärten Hochwasserschutz am Laubegaster Ufer in Erinnerung, dieser warte weiterhin auf eine politische Lösung.

Zum Hochwasserabfluss des Lockwitzbaches habe er folgende Fragen:

Muss der alte Elbarm als Reduktionsraum für den Lockwitzbach genutzt werden?

Wird dieser Reduktionsraum überhaupt gebraucht?

Wo liegen die Prioritäten bei der Nutzung und Umgestaltung des alten Elbarmbereiches (Reduktion, Hochwasserschutz, Hochwasserdurchfluss)?

Der Ortsbeirat sollte sich Gedanken dazu machen, bevor viel Geld für dieses Gebiet unnötig ausgegeben werde.

Herr Lämmerhirt: Er weiß, dass diese Fragen bereits den fachkompetenten Kollegen des Umweltaussschusses gestellt worden seien, er gehe davon aus, dass demnächst Antworten folgten. Auch sollte die Auswertung des versprochenen neuen Messergebnisses (Modulation) abgewartet werden.

Frau Noack: Was konnte bezüglich einer gemeldeten Robinie (Mistelbefall) erreicht werden?

Herr Lämmerhirt: Diese stehe auf einem städtischen Grundstück, derzeit würden aber keine Maßnahmen erfolgen. Die Stadt tue auf diesem Gebiet sehr viel, mehr als private Eigentümer.

Frau Noack wirbt um Unterstützung für die Errichtung eines Lesepavillons in Kleinzschachwitz, man könne sie gern nach der Sitzung dazu ansprechen.

Herr Lämmerhirt: Dies sei ein Projekt des Vereins „Zschachwitzer Dorfmeile“, das er persönlich mit voranbringe. Für weitere Unterstützung sei er dankbar.

Frau Köhler: Derzeit fänden Bohrungen auf der Salzburger Straße statt, auch gäbe es Verkehrseinschränkungen am Kirchplatz, warum?

Herr Lämmerhirt: Er kenne diesbezüglich keine Details.

Herr Kittlick verweist auf die Hinweisseite der Stadt im Internet (Themenstadtplan), dort stehe, dass es sich um Arbeiten der Drewag handelt.

Frau Köhler: Was sei an dem Gerücht dran, dass am Laubegaster Ufer eine Mauer für mobile Wände errichtet werden soll?

Herr Lämmerhirt: Sicher werde da etwas verwechselt, der Oberbürgermeister habe anlässlich der Bürgerversammlung im Mai versprochen, dass zunächst eine Vorlage auf den Weg gebracht werde, bevor weitere Entscheidungen getroffen würden. Es kursierten Fotomontagen, die irreführend seien.

Herr Bäuerle: Das städtische Grün auf der Hartungstraße/Kurhausstraße müsse zurückgeschnitten werden.

Herr Lämmerhirt: Die Mitarbeiter des Ortsamtes seien derzeit in Laubegast und Leuben unterwegs, auch wenn es eigentlich Aufgabe des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft sei, werde man sich darum kümmern.

Herr Mann: Bezüglich des Verschnittes von Bäumen bitte er, die Linden am Putjatinplatz nicht nach Lichtraumprofil zu entasten, schließlich sollten diese Bäume Schatten spenden.

Die Stadt wolle lt. eines Zeitungsberichtes Baden am Leubener Kiessee erlauben, gibt es dazu eine amtliche Bekanntmachung?

Herr Lämmerhirt: Die Dienstberatung beim Oberbürgermeister habe ihn als Ortsamtleiter mit der Umsetzung des Beschlusses betraut. Die Allgemeinverfügung könne aber noch nicht in dieser Saison ausgeführt werden, da noch weitere Vorarbeiten erfolgen müssten.

Herr Mann: Ihn irritiere die in den Leubener Nachrichten angekündigte Planfeststellung für das Bauvorhaben „Wehlener Straße/Altfolkewitz/Österreicher Straße, habe dieses Verfahren doch bereits in diesem Frühjahr stattgefunden.

Herr Lämmerhirt: Dies sei richtig, jetzt ginge es um die entsprechenden Umweltfachgutachten, welche zusätzlich öffentlich ausgelegt würden, um nicht, wie an der Oskarstraße, im Nachhinein Probleme zu bekommen.

5 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet

Herr Lämmerhirt nennt die aktuellen Zahlen zum Thema Asyl. Im Ortsamtsgebiet seien derzeit 66 Personen dezentral sowie 75 in Heimen untergebracht. Die Unterkunft für minderjährige Jugendliche auf der Breitscheidstraße beherberge derzeit zehn Personen. Insgesamt lebten in Dresden derzeit 360 sog. unbedeutete Minderjährige (335 männlich, 25 weiblich).

Bezüglich der Petition zur Brücke über den Niedersedlitzer Flutgraben in Altfolkewitz habe es in der letzten Woche einen Termin im Petitionsausschuss gegeben, zu dem er zwecks Berichterstattung geladen worden sei und neben einer Präsentation auch die Vorschläge des Ortsbeirates habe einbringen können. Der Petitionsausschuss habe nunmehr beschlossen, zur Wiederherstellung der Fußgängerbrücke den Oberbürgermeister zu beauftragen, bis zum 31. Dezember 2017 eine Planungs- und Kostenvariante vorzulegen, die eine Wiederherstellung ermöglicht.

Die Sitzung endet 21:01 Uhr.

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Steffen Schüller
Schriftführer

Tobias Kittlick
OBR-Mitglied

Matteo Böhme
OBR-Mitglied